



B E S C H L U S S

aus der 5. Sitzung
des Haupt - und Finanzausschusses
am Dienstag, 30.11.2021

öffentliche Sitzung

TOP 6.	DS-242/2021	Antrag der CDU-Fraktion: Grundsteuererhöhung 2022 vermeiden durch Ausgabenreduzierungen und Streichung von geplanten Stellenerweiterungen
--------	-------------	---

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die im HH 2022 angesetzte Grundsteuererhöhung (Wert: 298K € p.a.) für den Hebesatz Grundsteuer B 530% bleibt analog HH2021 unverändert bei 490%
2. Der Stellenplan wird im Bereich Facility Management nicht um 3,5 Stellen erweitert (Wert: ca. -145K€).
 - a. Die geplanten Stellenerweiterungen nach Entgeltgruppe 6 TVöD wird nicht geschaffen (ca. -50K€)
 - b. Dafür wird eine vorhandene Stelle im Bereich FM -derzeit vakant- auf die Entgeltgruppe 6 TVöD angehoben (ca. +5K€)
 - c. Die geplante Stellenerweiterung nach Entgeltgruppe 5 TVöD wird nicht geschaffen. (ca. -40K€)
 - d. Die geplanten 1,5 Stellen nach Entgeltgruppe 2 TVöD werden nicht geschaffen. (ca. -60K€)
3. Die geplanten Aufwendungen für räumliche Stadtplanung werden um 74,5 K€ für Sach- und Dienstleistungen auf den Vorjahresplanwert 22K € reduziert.
4. Die Zuweisungen für die Stadtmarketing GmbH im Produkt Wirtschaftsförderung und Marketing bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden um 30K€ reduziert.
5. Über alle anderen Fachbereiche hinweg werden Ausgaben für Sach- und Dienstleistungen oder vgl. um mindestens 50K€ reduziert, bzw. um den in der Höhe notwendigen Differenzbetrag, der von den vorgenannten Maßnahmen notwendig wird, damit der zusätzliche geplante Einnahmenwert der Grundsteuererhöhung erreicht wird.

Abstimmung Top 6: 4 Ja Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein Stimmen (Grüne, FDP, SPD), zur Ablehnung empfohlen

Abstimmung Top 13: 4 Ja Stimmen (CDU, BBB) und 7 Nein Stimmen (Grüne, FDP, SPD), zur Ablehnung empfohlen